

Stadt Werdohl  
Frau Bürgermeisterin Silvia Voßloh  
Goethestraße 51  
58791 Werdohl

FDP Fraktion im Rat der Stadt Werdohl  
Friedhelm Hermes  
Fraktionsvorsitzender  
Ludemert 7  
58791 Werdohl  
Tel.: 02392-7200-0  
Fax: 02392-7200-30  
E-Mail: [hermes@hermesconsult.eu](mailto:hermes@hermesconsult.eu)

21. November 2016

## Haushalt 2017

Rede des Fraktionsvorsitzenden

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist:

Montag, 21. November 2016

17.00 Uhr

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren!**

Mit der Einbringung des Haushaltes 2017 im September 2016 durch unsere Bürgermeisterin Voßloh bewegen wir uns in das sechste Jahr der für 2018 geplanten Haushaltskonsolidierung.

Seit 1980 befasst sich Werdohl mit den Problemen des Haushaltsausgleiches. Es wurden unterschiedlichste Maßnahmen zur Einnahmenerhöhung bzw. sonstige Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleiches (Ausgabenminderung) umgesetzt. Seit 2002 befinden wir uns jedoch im Nothaushalt.

Problematisch ist unverändert die unkalkulierbare Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens. Waren es mal € 17,0 Mio. (2007) oder auch mal € 0,0 Mio. (2009) und damit auch die Kalkulation der Schlüsselzuweisungen mit riesigen Schwankungsbreiten, die dann zu einem Jahresergebnis mit minus € 20,7 Mio. in 2009 führten.

Problematisch ist auch immer wieder der sinkende Anteil Werdohls an der Einkommensteuer. Bei dem starken Rückgang der Einwohnerzahlen (nunmehr rd. 18.000) und dem mit Abstand geringsten pro-Kopf-Einkommen im Märkischen Kreis führt das in der Regel zu Mindereinnahmen im Bereich des Einkommensteueranteils.

Auf der Ausgabenseite verzeichnen wir regelmäßig Steigerungen im Bereich der Sozialausgaben, hier insbesondere im Bereich Jugend- und Familienhilfe. Von € 2,9 Mio. in 2007 auf € 4,9 Mio. in 2016. So ist dieser Produktbereich mit rd. € 9,0 Mio. Aufwendungen am stärksten mit minus € 5,5 Mio. für das für das Gesamt-Jahresdefizit der Stadt beteiligt.

Auch die ständige Anhebung der Kreisumlage führt zu einer unplanbaren Entwicklung des Haushaltsergebnisses. Die Umlage steigt in 2017 erneut um rund 0,5 Mio. Euro auf nunmehr rd. € 12,0 Mio. Im Jahr 2003 waren es noch rd. € 6,0 Mio.

Unter Berücksichtigung dieser Unwägbarkeiten und der erkennbaren Überschuldung der Stadt haben wir uns im Jahr 2012 entschlossen, freiwillig die Teilnahme am Stärkungspakt zu erklären. Damit hat sie sich verpflichtet, einen Haushaltssanierungsplan vorzulegen, der den Haushaltsausgleich unter Einbeziehung von Konsolidierungshilfen bis zum Jahre 2018 und ohne Konsolidierungshilfe bis zum Jahr 2021 darstellt. Mit diesem freiwilligen Beitritt in den Stärkungspakt ist es im Wesentlichen gelungen, eigenbestimmte Maßnahmen (insgesamt 69) zur Haushaltskonsolidierung umzusetzen und nicht dem Diktat einer Fremdsteuerung durch den sogenannten Sparkommissar unterworfen zu sein.

Eine wesentliche Maßnahme auf der Einnahmenseite war die Verdoppelung der Grundsteuer B auf nunmehr 668 % mit jährlichen Mehreinnahmen von € 1,2 Mio. Das bedeutet: 1% Anhebung der Grundsteuer führt zu Mehreinnahmen von € 6.000. Eine weitere Anhebung um 100%-Punkte für das Jahr 2018 (= € 600.000) steht vorläufig im Haushaltsplan. Nur so könne der Haushaltsausgleich dargestellt und genehmigungsfähig werden.

Ursprünglich konnten wir auch ohne die angedachte Erhöhung der Grundsteuer für 2018 von einem ausgeglichenen Haushalt ausgehen. Daher auch unsere Forderung nach Ausklammerung bei den Haushaltsplanungen. Nun zeigt sich jedoch, dass die Erhöhung der Kreisumlage und Korrekturen bei den Schlüsselzuweisungen zu einem Negativergebnis führen und die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes verhindern. Die von uns beantragte Ausklammerung der Erhöhung der Grundsteuer in 2018 wird daher vorläufig zurückgezogen mit der Bitte um Neueinrichtung des Lenkungsausschusses im Frühjahr 2017.

Zusätzlich wird der Haushalt durch immer neue Forderungen von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit nach Einbringung neuer Maßnahmen und Abkehrung von Sanierungszielen und -plänen belastet. Ich erinnere an die Erhöhung des Pflegebedarfes für den Rasenplatz am Riese, an die Erhöhung der Aufwendungen für Fortbildungsmaßnahmen der Verwaltungsmitarbeiter, die Aufrechterhaltung der Turnhalle Eveking als Turnhalle bzw. Nutzung als Stadteiltreff mit phantasiebehafter Ausgestaltung. Teilweise werden Finanzierungsdeckungsvorschläge, so für die Fortbildung (Verwaltung) und die Nutzung als Turnhalle (SPD) - aber nur für die den laufenden Betrieb 2017 eingebracht. Was ist mit dem hohen Investitionsstau? Teilweise sind die Anträge kostenneutral wegen Übergang auf eine Initiativbewegung (FDP) bzw. sie sind ohne Deckung (WBG).

Gerade auch In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, den Haushaltssanierungsplan zu überprüfen bzw. zu überarbeiten um Auswüchse und Abweichungen zu verhindern. Es ist doch auch erstaunlich, dass es der Verwaltung immer wieder gelingt, von Ihnen vorgeschlagene negative Abweichungen vom Sanierungsplan als sinnvoll zu erachten und Kompensationsmaßnahmen zur Deckung der Kosten aus der Schublade zu zaubern. Für den Erhalt der Brunnenanlage am Colsmann-Platz lässt sich jedoch kein Finanzierungstopf entdecken.

Weitere wesentliche Einnahmequelle ist die seinerzeit auf 485 % erhöhte Gewerbesteuer mit Mehreinnahmen in 2017 in Höhe von € 1,320 Mio. Hier begrüßen wir, dass keine weiteren Erhöhungen eingeplant sind.

Die Hundesteuer wurde erhöht, sie erbringt jährlich Einnahmen in Höhe von € 115.000.

Eine Anhebung gab es auch bei der Vergnügungsteuer. Die jährlichen Einnahmen werden mit € 400.000 veranschlagt. Hier kann es in 2017 / 2018 zu einem deutlichen Rückgang kommen. Am 1. Juli 2017 treten Änderungen am Glücksspielstaatsvertrag in Kraft, wonach Konzessionen beschränkt und die Anzahl der Spielstätten vermindert werden sollen. Zahlreiche Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, auch in Werdohl, sind stark gefährdet. Die neuen Regelungen sollten daher mit Augenmaß und Fingerspitzengefühl härtefallvermeidend umgesetzt werden.

Die Parkraumbewirtschaftung wurde eingeführt (Einnahmen pro Jahr rund € 250.000). Sie ist allgemein anerkannt. Selbst Nutzungsentgelte für Hallen-, Gebäude und Sportplätze (rd. € 50.000) sind mittlerweile ohne große Kritik. Das gilt auch für die Elternbeiträge betreffend Kindergartennutzung (rd. € 100.000).

Auch wurde die Gewinnabführung von Sparkasse (€ 111.000), Bäderbetrieb (€ 150.000) und Wohnungsgesellschaft (geplant waren jährlich € 100.000, zurzeit ausgesetzt) beschlossen.

Nicht zu vergessen die Einnahmen aus der Stärkungspakthilfe von zurzeit jährlich € 1,670 Mio. und insgesamt € 10,950 Mio.

Auf der Ausgabenseite sind hervorzuheben die Kürzung des Etats für die Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung, die Schließung von Gebäuden, bspw. die Hauptschule mit einer Kostenersparnis in Höhe von rd. € 88.000 pro Jahr, die Senkung der Schülerbeförderungskosten um rd. € 60.000, der Wegfall der Kulturbogenveranstaltungen (€ 22.500), die Budgetsenkungen bei der Musikschule (€ 25.000), die Reduzierung des Zuschussbedarfes im Bereich der Jugendhilfe durch Effizienzsteigerung (rd. € 500.000), die Neustrukturierung des Sondervermögens Abwasser (€ 139.000), Personaleinsparungen aufgrund des Personaleinsparkonzeptes (€ 789.200), die Reduzierung des Zinsaufwandes für Investitionskredite durch Verzicht auf Neuaufnahme (z. Zt. € 255.000).

Die Maßnahmen greifen unverändert. Das zeigt sich daran, dass für das Jahr 2017 der Haushaltsentwurf nunmehr von einem Defizit von rd. € 2,70 Mio. ausgeht, nach minus € 9,924 Mio. in 2013, minus € 6,90 Mio. in 2014, minus € 3,508 Mio. in 2015 und einem Minus von € 1,837 Mio. in 2016. Für das Jahr 2018 wird ein Überschuss von nunmehr € 215.000 unter Einschluss der angehobenen Grundsteuer erwartet. Das Licht am Ende des Tunnels ist sichtbar.

Vielfach werden diese Einsparungen und Steuererhöhungen als kontraproduktiv für die kommunale Weiterentwicklung und das Wohlbefinden der Bürger und Unternehmen betrachtet. Es ergeben sich leider keine Alternativen. Alle werden von diesen Erhöhungen und den Sparmaßnahmen betroffen, mal mehr und mal weniger. Da viele im Wettbewerb zu Werdohl stehende Kommunen die gleichen finanziellen Probleme haben bzw. haben werden, sollte diese Dramatik nicht überbewertet werden.

Angestrebt werden muss unbedingt eine weiter verstärkte interkommunale Zusammenarbeit, durch welche Verwaltungs- und Leistungsfunktionen in unterschiedlichen Kommunen angesiedelt werden, um durch Konzentration auf Stärken Kosten einzusparen. Dieses kann auch beispielsweise durch die Einrichtung einer interkommunalen Fördertopf-Management-Stelle geschehen um Einnahmen zu generieren, die zur Zeit entfallen, da keine geeignete Stelle vorhanden ist, die umfangreichen Fördertöpfe von EU, Bund, Land und Zweckverbände auf Anwendung in den einzelnen Kommunen zu durchsuchen, zu filtern, zu beantragen und abzuwickeln. Die Finanzierung dieser anteiligen Stelle erfolgt über die generierten Einnahmen.

Die Kassenkredite müssen deutlich beobachtet werden. Sie bewegen sich dabei auf einem Rekordniveau mit rund € 50,0 Mio. Hilfreich ist das unverändert Rekord-Niedrig-Zinsniveau von nahezu 0,0%. Schon bei einem Zinsniveau von rd. 2,5% würden sich Zinsen in Höhe von rund. € 1,25 Mio. ergeben, welche einen Haushaltsausgleich stark beeinträchtigen.

Wie bereits erwähnt, ist unser städtischer Haushalt stark abhängig vom Gewerbesteueraufkommen. Geplant für 2017 sind Einnahmen von € 9,5 Mio. Einher damit ergeben sich immer unterschiedliche Schlüsselzuweisungen. Von Null Euro im Jahr 2009 bis auf geplante € 5,184 Mio. in 2017 nach Einnahmen in Höhe von € 8,298 Mio. in 2016.

Vielfach werden / wurden den Kommunen durch Bund und Land zu erfüllende Aufgaben zugewiesen, ohne für eine adäquate Finanzierung zu sorgen (Missachtung des Konnexitätsprinzips). Hier ist jedoch ein Wandel festzustellen. Die deutlichen Hilferufe der Vergangenheit sind endlich angekommen, so dass der Bund sich nunmehr bspw. höher an den Sozialausgaben beteiligt.

Eine besondere Aufgabe hat sich für Bund und Land und für uns aus den Aufgaben zur Bewältigung des Zustroms von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern ergeben. Es sind vielschichtige Maßnahmen zur menschenwürdigen Unterbringung, zur Integration, zum Erlernen von Sprache, zur Heranführung an Arbeit und Schule zu leisten gewesen bzw. ist immer noch zu leisten. Die konsequente und vorurteilsfreie und kontinuierliche Bewältigung dieser Aufgabe kann zu einem Gewinn für unsere Gesellschaft werden und kann uns auszeichnen. In Werdohl ist dieses m.E. in ruhiger Weise gelungen. Dabei ist das ehrenamtliche Engagement von Mitbürgern, auch organisiert in der Flüchtlingshilfe, unverändert hervorzuheben. Es verdient Anerkennung und Auszeichnung.

Da wir mit ausgabendeckenden Zuweisungen rechnen dürfen, ist die besondere Aufgabe mit deutlich geringeren Risiken für den Haushalt zu bewerten.

Eine weitere Herausforderung ist unverändert die Entwicklung der Schullandschaft in Werdohl. Die Standorte der Schulen haben sich gefestigt und sind weiter wirksam ausgebaut worden. Das gilt für die Grundschulen, für die Realschule und für die Gesamtschule. Und wohl zukünftig auch für die wohl neu in Werdohl vom Kreis getragene Förderschule. Hinsichtlich der Nutzung der Schulgebäudes Riese muss nach dem Schließungsbeschluss der Hauptschule mittelfristig ein nachvollziehbares Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzept gefunden werden. Eine Standortfestlegung ist mit Blick auf den Arbeitskreis Schule und den zu treffenden Entscheidung augenblicklich nicht zielführend.

Damit einher ist die Frage nach Überkapazitäten in Schulen bisher unbeantwortet. Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Schülerzahlen und die Auswirkungen des Anmeldeverhaltens zu in Wettbewerb stehende Schulen müssen analysiert und bewertet werden. Dabei dürfen Entscheidungen nicht durch Emotionen bestimmt werden, sie sind sachorientiert zu treffen.

Der eingerichtete und immer noch aktive Arbeitskreis Schule soll diese Aufgabe auch unter Mitwirkung der Bezirksregierung Arnsberg und der Schulen lösen. Zielsetzung ist der Erhalt, die Sicherung und die Stärkung der Schulen sowie die Sicherung des Abiturs in Werdohl.

Unsere Stadt hat sich positiv entwickelt, trotz aller Einschnitte. Die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt nimmt zu. Die zukunftsweisenden und strukturverbessernden Projekte sind im Wesentlichen abgeschlossen. Ich erinnere an die Regionale 2013. Der Umbau des Brüninghausplatzes mit Lennespange ist nahezu abgeschlossen. Der Westpark ist in Planung und wird wohl in 2018, nach Protesten, die nicht wirklich nachvollziehbar waren, realisiert. Das Radwegenetz ist in Arbeit, wir müssen auf eine zügige Umsetzung drängen.

Strukturverbessernde Maßnahmen sind aber weiterhin notwendig. Einen Stillstand darf es nicht geben. Es ist daher gut, sich an weiteren Projekten zu beteiligen, bspw. das Leader-Projekt, Schule 2020, aber auch an der Regionale 2022 bzw. 2025. Die Digitalisierung ist dringend voranzubringen, die Elektro-Mobilität ist zu fördern.

Zur Verbesserung der Qualität der Stadt trägt auch die geplante Straßensanierung in Höhe von rd. € 837.000 bei. Ein barrierefreies und energetisch saniertes Rathaus mit Kosten von rd. € 2,0 Mio. bei einer Förderung von 80% gehört auch dazu. Eine Abweisung dieser Maßnahmen halten wir nicht für zielführend.

Die Wirtschaftsförderung muss optimiert werden, ein Arbeitskreis für Freizeit und Lebensqualität ist aktiv (ein Vertrag zur Konzepterstellung wurde abgeschlossen), ein IC- / ICE-Halt in Werdohl wird immer wahrscheinlicher. Ein Klima- und Hochwasserkonzept ist in Arbeit. Die Renaturierung von Lenne, Verse und Soppe schreitet deutlich

voran. Auch wenn die Renaturierung im Bereich Heimstraße an der Verse nicht umgesetzt wird, ist es erfreulich, dass die hässlichen Baracken mittlerweile abgerissen werden. Baum- und Landschaftsschutz und -pflege ist unter noch stärkerer Einbindung von Politik und Öffentlichkeit zu gewährleisten.

Wie jedes Jahr: Ob der Sessellift zum Rimmelshagen verbunden mit einer Sommerrodelbahn erbaut wird, ist noch nicht entschieden. Arbeiten wir daran, vielleicht mit der Regionale 2022/2025.

Mit der Feststellung "Werdohl hat viel erreicht und Werdohl hat Zukunft" werden wir dem vorgeschlagenen Haushalt zustimmen.

Ich danke der Bürgermeisterin und der Verwaltung für die geleistete Unterstützung, hier insbesondere den Herren Schlüter, Grabs, Schröder, Schmidt, Luschnat und Block für die Ausführungen und Hinweise anlässlich der Haushaltsberatungen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.